



31 Millionen Tonnen
CO₂ pro Jahr:
Das polnische
Braunkohlekraftwerk
Bełchatów

Nicht ohne Kohle

Polen ist Gastgeber der nächsten Weltklimakonferenz. Im Land selbst spielt Klimaschutz allerdings keine große Rolle. Aber im Braunkohlerevier gehen Anwohner jetzt auf die Barrikaden VON ALEXANDRA ENDRES

Gleich hinter Jan Kwiatkowski's Haus steht der Braunkohlebagger. Nachts leuchtet die Maschine wie ein Christbaum, und Kwiatkowski hört die Bagger-schaukeln, wie sie sich durch den Boden graben, nur ein paar Hundert Meter von seinem Schlafzimmer entfernt. Sein Bauernhof steht im polnischen Braunkohlegebiet von Tomislawice, rund 200 Kilometer westlich von Warschau. Eigentlich dürfte er gar nicht mehr hier sein. Aber der 60-jährige Bauer hält stur an der Existenz seines Heims fest.

Er ist der Einzige, der hier noch wohnt. Neben an stehen verlassene Häuser, ihre Dächer sind eingestürzt, im Schutt blühen Blumen. Wenige Meter weiter sitzt Kwiatkowski in seiner Küche neben dem Ofen und sagt: »Ich verlasse meinen Hof nicht, bis sie mir einen anständigen Preis zahlen.« 1,8 Millionen Złoty will er von Ze Pak haben, dem Eigentümer der Kohlevorkommen von Tomislawice und einem der größten Stromkonzerne Polens. Das sind rund 430 000 Euro. Für diese Summe zog Kwiatkowski vor Gericht.

Obwohl der Prozess noch läuft, hat Ze Pak bereits begonnen zu graben – mit gerichtlicher Genehmigung. Vier Hektar von Kwiatkowski's Kohlfeld sind schon in der Grube verschwunden. Weil der Acker aber immer noch dem Bauern gehört, muss dieser Steuern auf die Fläche zahlen. Verdienen kann er derweil nichts. Fast alle seiner Obstbäume sind verdorrt, der Fischteich ist ausgetrocknet, und seine Erdbeerfelder kann er nicht mehr bewässern. Die Pumpen der Kohlegrube saugen alles Grundwasser ab.

Auch die Felder von Piotr Krygier im wenige Kilometer entfernten Nachbardorf vertrocknen. Krygier ist ein 49-jähriger ehemaliger Steinkohlekumpel und lebt seit 16 Jahren in Tomislawice. Jetzt steht er vor dem Ruin und wird von Ze Pak mit Entschuldigungsangeboten abgespeist, die er nicht ernst nehmen kann. »Ich habe nichts gegen die Braunkohleleute«, sagt Krygier. »Aber ich möchte anständig von ihnen behandelt werden.«

Die Geschichte der beiden Bauern erzählt viel über Polen. Das Land, das im November die Klimakonferenz der Vereinten Nationen ausrichtet, hängt von der Kohle ab wie kaum ein anderes. Rund 90 Prozent des polnischen Stroms werden aus Kohle erzeugt, etwa doppelt so viel wie in Deutschland. Nur in Südafrika und der Mongolei ist der Anteil höher.

Kohle abzubauen gilt in Polen als Sache von nationaler Interesse. Kürzlich erklärte Premier Donald Tusk, dass Stein- und Braunkohle auch künftig die Grundlage der Energieversorgung bilden sollten. Erneuerbare oder andere Quellen seien bloß

eine »Ergänzung«. Etwa 120 000 Menschen arbeiten in Polen im Kohlebergbau. Positionierte Tusk sich gegen die Kohle, die Gewerkschaften wären auf der Straße.

Klimaschützer lässt das verzweifeln. Kaum ein fossiler Brennstoff verursacht so viele Kohlendioxid-Emissionen wie die Kohle – und kein Land blockiert die Klimapolitik der EU öffentlich so sehr wie Polen. Auf dem Klimagipfel in Doha verhinderte die polnische Delegation zunächst die Verlängerung des Kyoto-Protokolls. In Brüssel vereitelte Polen mehrmals die Verabschiedung strengerer Klimaziele für Europa, zuletzt im Frühjahr 2012. Energierichtlinien der EU werden nur auf den Druck der Kommission hin umgesetzt und nur, soweit unbedingt nötig. »Die polnische Regierung ist sehr gut darin, europäische Vorgaben zu hintertreiben, die nicht in ihrem Interesse sind«, sagt Andrzej Anzygier, der an der FU Berlin über erneuerbare Energien und die Klimapolitik Polens forscht.

Man könnte auch sagen: nicht im Interesse der Energiekonzerne. Denn fast alle gehören mehrheitlich dem Staat. Politik und Energiewirtschaft, das sei in Polen »wie eine einzige große Familie«, sagt der Soziologe Kacper Szulecki, der sich am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin mit Polens Energiepolitik beschäftigt.

Offt wechseln hochrangige Politiker aus dem Staatsdienst zu einem Energiekonzern oder umgekehrt. Eine Unterstaatssekretärin im Wirtschaftsministerium wurde Chef eines Kohlekonzerns, ein ehemaliger Minister führt nun eine Tochterfirma von PGE, dem größten Stromerzeuger Polens. Und PGE-Chef Krzysztof Kilian ist ein guter Freund von Premier Donald Tusk.

Marcin Korolec ist Tusks Umweltminister und damit verantwortlich für die Ausrichtung des Klimagipfels von Warschau. Für ihn sind die Prioritäten einer guten Energiepolitik klar: günstige Preise, Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit. Das Klima spielt keine große Rolle. Der Minister ist überzeugt: »Europa kann nicht ohne die Kohle.«

Die polnische Öffentlichkeit scheint das genauso zu sehen. »Vielen Polen gelten Umweltschützer als Radikale«, sagt Andrzej Anzygier. »Als Öko-Terroristen, die des Geldes wegen vor Gericht ziehen.« Eine strengere Klimapolitik hingegen werde als Bedrohung wahrgenommen, sagt Julia Michalak, die in Brüssel für die Klimaschutzorganisation CAN arbeitet. »Es gibt da diesen Mythos, dass die Polen immer von außen gezwungen wurden, Dinge aufzugeben, bis sie vor 20 Jahren ihre Freiheit erlangten. Jetzt wollen die Leute sich nicht mehr einschränken, und sie sind hungrig auf Konsum.«

Der Widerstand gegen die Kohle aber wächst im Kleinen, etwa in einzelnen Stadtverwaltungen und

Bürgerinitiativen. Tomislawice ist dafür ein Beispiel. Vor fünf Jahren beschwerten sich Bauern, Bürgermeister und Umweltschützer aus der Gegend bei der EU-Kommission über Ze Pak. Die Tagebaue gefährdeten den regionalen Wasserhaushalt, schrieben sie, bedrohten das Ökosystem zweier Naturschutzgebiete und widersprächen gleich mehreren EU-Direktiven. Seither gibt es einen Schriftwechsel zwischen der EU-Kommission und der polnischen Regierung.

Weiter westlich, im deutsch-polnischen Grenzgebiet, ist der Protest noch stärker zu spüren. Um Gubin und Brody befinden sich ebenfalls reiche Braunkohlevorkommen. Eigentümer ist der Stromkonzern PGE, bis zum Revier von Vattenfall in der Niederlausitz ist es nur ein kurzer Weg. Schon lange gibt es Pläne, die Kohle auch um Gubin und Brody auszubeuten. Auch ein Kraftwerk soll gebaut werden.

Die Anwohner gehen dagegen auf die Barrikaden. Anna Dziadek und Dorota Schewior zum Beispiel. Schewior betreibt einen 17 Hektar großen Himbeer- und Spargelhof in Gubin, samt Hofladen und Café. Das Anwesen liegt mitten im Braunkohlegebiet, das Geschäft brummt. Die Tage der 44-jährigen Bäuerin sind lang, aber Schewior würde ihre Zeit mit nichts anderem verbringen wollen. »Ich liebe dieses Land«, sagt sie auf die Frage nach der Braunkohle, mit Tränen in den Augen. »Für kein Geld der Welt würde ich es verkaufen, niemals.«

Vor fünf Jahren organisierte Schewior ein Referendum gegen die Kohle – und zog eine Mehrheit auf ihre Seite. Doch die Provinzregierung ignoriert den Bürgerwillen. Sie hofft auf wirtschaftliche Entwicklung durch die Tagebaue, auf günstige Energie und Arbeitsplätze. Greenpeace berichtet, in Erwartung der Kohle blockierten die Behörden landwirtschaftliche Investitionen. Auch Straßen würden nicht mehr instand gehalten.

Anna Dziadek macht das wütend. »Man lässt die Höfe nicht mehr wachsen«, schimpft sie. »Aber wer keine Pläne für die Zukunft machen kann, verkümmert.« Die 39-Jährige trägt den Protest in die Öffentlichkeit. »Kohle soll Wohlstand bringen? Ich habe in der Lausitz gesehen, was sie bedeutet. Uns geht es doch viel besser als den Leuten dort.« Dziadek ist überzeugt, dass der Tagebau ihre Heimat zerstören würde – eine Heimat mit schwieriger Geschichte. Viele der Familien, die hier leben, stammen aus ehemals polnischen Regionen, die nach dem Zweiten Weltkrieg der Sowjetunion zugeschlagen wurden. Die Flüchtlinge brauchten Jahrzehnte, um sich erneut heimisch zu fühlen. »Meine Großmutter hat erst 1995 geglaubt, dass sie nicht wieder wegmuss«, erinnert sich Dziadek. Jetzt fürchten die Enkel der Vertriebenen, erneut verjagt zu werden.

Wie viele Menschen umgesiedelt werden müssten, ist dabei noch gar nicht klar. Auch wie groß die Tagebaue werden sollen, wie viel investiert wird und wann der Abbau beginnen soll, weiß niemand genau. PGE erklärt auf Anfrage lediglich, man wolle sich die Option des Kohleabbaus offenhalten und bemühe sich um eine Genehmigung.

Für die Kohlegegner ist das zwar ein Aufschub, aber die Unsicherheit macht sie auch müde. Weiter östlich in Tomislawice wartet Jan Kwiatkowski derweil auf ein Gerichtsurteil zu seinen Gunsten. In letzter Zeit versuche Ze Pak, mit ihm ins Gespräch zu kommen, sagt er. Kwiatkowski hat sich vorgenommen, hart zu bleiben.



90


Prozent

des Stroms werden in Polen aus Kohle erzeugt – etwa doppelt so viel wie in Deutschland



Natur
Energie
Plus



Machen auch
Sie ein 



Jetzt zu Ökostrom wechseln.
Und einen Baum wachsen lassen.

Wechseln Sie jetzt zum Ökostrom aus 100% deutscher Wasserkraft und wir pflanzen gemeinsam mit der Deutschen Umweltstiftung einen Baum für Sie.

www.naturenergieplus.de

Im Rahmen der
Schulpflanzaktionen
von:

Deutsche
Umweltstiftung 